

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

105 (6.5.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.26 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 1/8—1/1 u. 2—1/8 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Weck & Cie., Karlsruhe.

Preußen und Ukraine.

Der 2. Mai hat die Nachricht gebracht von zwei Umstürzen nach rüdwärts. Am diesem Tag hat das Dreiklassenhaus mit 325 gegen 183 Stimmen das vom König verordnete, von der Regierung vorgezeichnete Wahlrecht umgestürzt und durch ein Sieben- oder Achtstimmwahlrecht ersetzt. Am selben Tage traf die nicht minder wichtige Nachricht ein, daß die sozialrevolutionäre Regierung der Ukraine gestürzt worden und durch eine Regierung von Bauern-Deputierten ersetzt worden ist. Da zwischen beiden räumlich weit voneinander verschiebenen Ereignissen ein gewisser geistiger Zusammenhang besteht, kann wohl von ihnen beiden in gemeinsamer Betrachtung gesprochen werden.

Das gemeinsame des Vergleichs zwischen den beiden Ereignissen ist nämlich dies, daß es innen und außen ganz anders geht, als die Regierung will, daß die Regierung hier wie dort mit Kräften ringt, die ihr über den Kopf zu wachsen drohen, und daß man weder dort noch hier im mindesten sieht, wie sie mit ihnen fertig zu werden gedenkt.

In der Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses hat Herr Friedberg erklärt, daß sich die Regierung ihre endgültige Stellungnahme für die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage vorbehalten. Das heißt also, es soll gehandelt werden, und die Regierung ist bereit, jede Verschlechterung ihrer Vorlage in Kauf zu nehmen, wenn sie damit nur eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht gewinnen kann. Hat dieses Bestreben Aussicht auf Erfolg?

Die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht beträgt jetzt 52 Stimmen. Die Wahlrechtsgegner rechts und die Wahlrechtsfreunde links sind in ziemlich gleich starken Heerhaufen angetreten. Den Ausschlag gegeben haben die 36 Nationalliberalen und 15 Zentrumsmagnaten, von denen schon bekannt war, daß sie gegen das gleiche Wahlrecht stimmen würden. Auf sie werden sich nun alle Anstrengungen der Regierung richten, um sie umzustimmen, und es läßt sich gar nicht absehen, welche Demütigungen die Regierung nun noch auf sich nehmen will, um dieses ihr Ziel zu erreichen. Sehr fraglich bleibt aber, ob ihr das alles helfen wird. Für die Rechtsliberalen und die Zentrumsmagnaten ist das gleiche Wahlrecht schlechthin unannehmbar, weil sie geschworene Gegner jedes demokratischen Fortschritts sind. Das Angebot von „Sicherungen“ kann daran wenig ändern. Die Regierung läuft somit Gefahr, alle möglichen Zugeständnisse zu machen, die jedes Vertrauen zu ihr erschüttern, mit dem schlechtesten Erfolge, daß das gleiche Wahlrecht in der dritten Lesung abermals abgelehnt wird, nur vielleicht mit einer kleineren Mehrheit als in der zweiten. Wenn sie dann gezwungen werden noch zur Auflösung schreitet, so wird ihre Stellung viel schwächer sein, als wenn sie sich schon jetzt zu einer entschlossenen Tat aufgerafft hätte.

Wäre das Abgeordnetenhaus am Donnerstag aufgelöst worden, so wäre ein befreiendes Aufatmen durch das Land gegangen. An seiner Stelle werden wir jetzt überall quälende Sorge, wachsendes Mißtrauen zu gemühten haben. Die Regierung scheint nicht bedacht zu haben, daß der Juni auch in der Ernährungsfrage ein kritischer Monat ist, in dem man das Volk nicht vor eine Situation stellen sollte, in der es heißen könnte: Wenig Brot und keine neuen Rechte!

Die Sozialdemokratie ist schon so oft in den letzten Jahren eine Warnerin der Regierung gewesen, leider fast immer ohne Erfolg. Wären die Befürchtungen, die wir jetzt an die hinhaltende Taktik der Regierung knüpfen müssen, sich nicht bewahrheiten!

Der andere Umsturz nach rüdwärts ist der in der Ukraine. Er ist eines der merkwürdigsten Kapitel der Geschichte, seitdem wir den berühmten sogenannten Ostfrieden geschlossen haben. Auch hier hat sich leider nur allzulebte die Befürchtung der Sozialdemokratie bewahrheitet, daß dieser Frieden kein Frieden sein werde. Die deutsche Regierung hat auf Wunsch der ukrainischen Regierung mit ihrer Kruppenmacht in die inneren Verhältnisse der Ukraine eingegriffen und mit dem ursprünglichen Ziele, die Herrschaft der neuen Regierung zu befestigen. Zu diesem Zweck hat sie sich an der Niederschlagung des Bolschewismus in der Ukraine beteiligt. Jetzt aber hören wir, daß sich die Deutschen zu dem neuen Umsturz in der Ukraine vollkommen neutral verhalten haben. Daß sich das Verhältnis zu der nunmehr gestürzten ukrainischen Regierung grundlegend geändert hat, wäre schon daraus ersichtlich, auch wenn uns nicht die Nachricht von der vorherigen Verhaftung ukrainischer Regierungsmitglieder durch deutsches Militär gekommen wäre. Wir werden nunmehr die neueste sogenannte „Regierung der Bauern-Deputierten“ als die von deutscher Seite legitimierte zu betrachten haben.

In völkerrechtlicher Beziehung steht der Fall einzig da. Denn wenn der ukrainische Kriegsminister mit Zustimmung des Herrn von Munnin, des deutschen Gesandten, verhaftet wurde, so ist das völkerrechtlich dasselbe, wie wenn etwa der russische Botschafter in Berlin den preußischen Kriegsminister verhaften würde. Der Unterschied ist kein rechtlicher, sondern nur ein tatsächlicher: Der eine kann und der andere kann nicht.

Einzig steht der Fall in der Geschichte da, daß eine Macht mit einer anderen Frieden schließt, von ihr gerufen ins Land kommt und dann dieselbe Regierung, die sie gerufen hat, einberufen läßt. Wäre die Sache nicht zu ernst, so könnte man

jaß von einer schwankenden Komit des Ereignisses sprechen. Wahrscheinlich, der Ostfrieden ist heiter und wird mit jedem Tag heiterer.

Dies alles wäre aber noch immer nicht ganz so schlimm, wie es ist, wenn man wenigstens das Gefühl hätte, es mit einer Regierung zu tun zu haben, die aus eigenem Willen und mit unbeugbarer Energie auf ein bestimmtes Ziel ausgeht. Leider aber ist es aber immer so, daß der starke Wille und die unbeugsame Energie auf der andern Seite zu finden ist und daß die Regierung sich von den Ereignissen treiben läßt, statt sie zu treiben.

Mit ehrlicher, tiefer Sorge muß man sich fragen, wohin das alles hinaus soll.

Ums gleiche Wahlrecht in Preußen.

Berlin, 4. Mai. (W.D. Nicht amtlich.)

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Beratung der Wahlrechtsvorlage bei § 24 (Abgrenzung der Wahlbezirke) fort. Dazu lagen Anträge der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei vor, worin für eine Reihe von Wahlbezirken, besonders für die Ostmark, die Einführung der Verhältniswahl gefordert wird.

Abg. Dr. Wolff-Gorki (Kons.) sprach sich gegen den Antrag aus. Wie der Minister mit der neuen Mehrheit des Hauses einen Damme gegen die polnischen Bestrebungen in der Ostmark aufzurichten wolle, darüber möchte er sich zurzeit nicht äußern.

Minister des Innern Dr. Drews erwiderte: Falls sich eine Mehrheit für die Verhältniswahl finde, sei die Regierung bereit, auf diesen Boden zu treten. Die Polen hätten bisher die Voraussetzung für eine Aenderung unserer Politik nicht erfüllt. Deshalb bestehe keinerlei Anlaß, unser Programm nicht in die Tat zu überführen. Es sei zu hoffen, daß auch mit der neuen Mehrheit eine wirksame Politik zum Schutze des Deutschtums getrieben werden könne.

Abg. Pohlmann-Dies (F. Vg.): Wir wollen mit der Verhältniswahl politische Sicherungen für gewisse Wahlkreise schaffen, vor allem aber das Deutschtum im Osten stärken und schützen. Abg. Braun (Soz.) begründet seinen Antrag, wonach die Abgrenzung der Wahlbezirke und Verteilung der Abgeordneten auf sie, die nach der letzten allgemeinen Volkszählung ermittelten Einwohnerzahlen zu Grunde gelegt werden und zwar so, daß auf jeden Abgeordneten die gleiche Einwohnerzahl entfällt.

Abg. Ströbel (U. Soz.): Die hier geplante Verhältniswahl richtet sich gegen die Sozialdemokraten und bedeutet ein Ausnahmegesetz gegen die Polen. Wir lehnen sie daher ab.

Abg. Krause-Waldenburg (F. N.): Wenn wir der Ueberzeugung wären, daß die Einführung der Verhältniswahl in den gemischtsprachlichen Landesteilen eine wirksame Maßnahme zum Schutze des Deutschtums wären, so würden wir sie in ernster Erwägung ziehen. Wir haben uns aber nicht davon überzeugen können.

Abg. Korstanti (Kons.): Der vorliegende Antrag enthält Ausnahmestimmungen gegen die Polen, die aufreißend wirken müssen. Die Polen hängen kulturell und national mit einem größeren Ganzen zusammen. Wenn wir friedlich mit den Deutschen zusammen leben sollen, so verlangen wir die Anerkennung unserer Nationalität und die vollständige Gleichberechtigung als Nation. Wir werden niemals damit einverstanden sein, daß wir polnisch sprechende sind. Das Programm des Ministers gewährt uns keine Gleichberechtigung. Insbesondere ist die Ansiedelungspolitik, wie sie bisher betrieben worden ist und in Zukunft betrieben werden soll, mit dem Begriff von Gleichberechtigung nicht zu vereinbaren. Unter dem gleichen Wahlrecht wird man auch uns Gerechtigkeit zuteil werden lassen.

Abg. Lewy (Natl.) befürwortet die Annahme des national-liberalen Antrages.

Die einzelnen Bestimmungen des § 24 werden unter Ablehnung der Änderungsanträge angenommen. Die Gesamtbestimmung über den Paragrafen wird mit dem Mantelgesetz vorgenommen.

Die erste Lesung wird ohne Erörterung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Zusammenlegung des Herrenhauses.

Abg. Gräfe (Kons.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. Desbrüd (Kons.): Mit einer zeitgemäßen Umgestaltung des Herrenhauses sind wir einverstanden. Aber die hohe Zahl von ungefähr 600 Mitgliedern, die später auf 650 anwachsen wird, können wir nicht billigen. Da in Zukunft Landwirtschaft, Handel und Industrie, sowie das Handwerk, überhaupt der Mittelstand im Abgeordnetenhaus nicht mehr in dem Maße vertreten sein wird, wie wir es beantworten können, so müssen sie im Herrenhaus eine angemessene Vertretung erhalten.

Abg. Febr. v. Schleinitz (F. Kons.): Ein großer Teil meiner politischen Freunde wünscht, daß der Thronfolger ins Herrenhaus berufen wird. Wir bedauern, daß der Industrie, die im Kriege so viel geleistet, so wenig Sitz eingeräumt sind.

Abg. Weisly (Natl.): Ich befürchte, daß das Berufungsrecht der Krone nicht für die Krone, sondern gegen sie wirkt, denn ein Pairshaus erfolgt nicht aus dem Vertrauen der Krone, sondern nach dem Willen der im Staate regierenden Partei.

Abg. Radwinde (F. Sp.): Im Herrenhaus überwiegt der Großgrundbesitz geradezu in einem unerträglichen Maße, dagegen sind Industrie, Handel, Handwerk, Arbeiter und Anceille nicht

in genügendem Maße vertreten. Wir wünschen im Interesse der Krone nicht, daß der Kronprinz im jugendlichen Alter in das politische Leben hineingezogen wird.

Abg. Gänisch (Soz.): In Preußen besteht ein Bedürfnis nach einer Ersten Kammer ebensowenig wie im Reiche. Wir haben eine Reihe von Anträgen in Bezug auf Zusammenlegung, insbesondere auf Vermehrung der Zahl der Arbeitervertreter gestellt. Zur politischen Information für den Thronfolger ist das Herrenhaus völlig ungeeignet.

Abg. Ströbel (U. Soz.): Wir wollen ein demokratisches Herrenhaus, und in einem demokratischen Parlament ist kein Platz für Vorrechte der Krone. Wir wollen nicht die Mitgliedschaft von der Berufung durch die Krone abhängig sein lassen und sind gegen die Berufung des Thronfolgers ins Herrenhaus.

Hierauf wird die Besprechung geschlossen. Die §§ 1—3 werden angenommen. Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag vormittag 11 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die dritte Lesung.

W.D. Berlin, 4. Mai. (Nicht amtlich.) Der Verfassungsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage am Montag, den 13. Mai, nachmittags 2 Uhr beginnen soll.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge sind die beiden konservativen Parteien dafür, die dritte Lesung bereits am Freitag dieser Woche beginnen zu lassen. Andere Parteien dagegen setzen sich für den Montag nach Simmelsfahrt, also den 13. Mai ein. Die meisten Ansichten gehen indes dahin, daß sich die Entscheidung höchst wahrscheinlich noch weiter, vermutlich bis über Pfingsten hinaus, hinzögern wird.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ vernimmt, daß interfraktionelle Besprechungen weder begonnen noch angezettelt seien. Man erwarte von der Regierung, daß sie selbst mit Vorschlägen an die Parteien herantrete und es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß das Staatsministerium Freitag abend eine Sitzung abhielt, um sich mit dem zu beschäftigen, was nun geschehen solle.

Die vom Zentrum eingebrachten Sicherungsanträge werden in der „Germannia“ dahin gekennzeichnet, daß es sich um lauter Dinge handele, die von Rechts wegen in die Verfassung hineingehörten. Sie betrafen die künftigen Grundlagen des Staates und sollten darum auf jeden Fall im Staatsgrundgesetz stehen. Im übrigen habe das Zentrum auch Anträge zur Herrenhausvorlage eingebracht.

Während die „Berliner Morgenpost“ vor einer Verschönerung der Wahlreform warnt, spricht der „Vorwärts“ von dem Umfang der Sicherungen. Sie sollten denen, die nicht wollten, daß das Volk in Preußen etwas zu reden habe, die Sicherheit geben oder auch nur vorkäufchen, daß sich in dieser Beziehung auch nach der Einführung des gleichen Wahlrechts nichts Wesentliches ändern werde.

Ein Antrag des Freikonservativen Brandt will jede Aenderung des Gemeindevahlrechts von einer Zweidrittelmehrheit abhängig machen.

Deutscher Reichstag.

(W.D.) Berlin, 4. Mai.

Am Bundesratsstisch Frhr. v. Stein, Dr. v. Casar. Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Das Gesetz über die

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen. Darauf wird die Aussprache über den

Haushalt des Reichswirtschaftsamtes

fortgesetzt.

Abg. Behrens (D. Fr.): Bei der Teilung des Reichsamtes des Innern ist dem Reichswirtschaftsamte genügend Anteil zuzufallen. Für das Reichswirtschaftsamte muß ein sozialpolitischer Arbeitsplan ausgearbeitet werden, um die Sozialpolitik zu vereinfachen. Der Kriegsjournalismus ist nirgends beliebt. Während der Uebergangswirtschaft werden die kleinen und mittleren Betriebe zu stützen und zu fördern sein. Die Vorschläge Walter Rathenaus sind in mancher Hinsicht zu beachten. Es würde eine nationale Tat bedeuten, wenn die Kriegsgewinnler, die sich in den Besitz von Landgütern gesetzt haben, enteignet würden, um daraus Kriegerheimstätten zu machen.

In der Wohnungsfrage könnte eine Vesteuerung der kinderlosen Familien und der Hauswirte, die kinderreiche Familien nicht aufnehmen wollen, erfolgen. Der Seimarbeiterinnenschuß muß besser werden. Vielfach fehlen noch die Fachausfälle.

Abg. Züdel (U. Soz.): Die Unternehmer haben sich der Kriegsorganisation bemächtigt und während des Krieges denartige Gewinne gemacht, wie sie es selbst nicht erwartet hatten. Bei den Reichswirtschaftsstellen werden die Arbeiter in ungenügender Anzahl hinzugezogen. Wir werden nach dem Kriege ein ganz anderes Proletariat bekommen. Das kleine Gewerbe, das Handwerk ist in die Fabriken getreten. Auch körperlich sind die Arbeiter anders geworden, anders auch der Arbeitsprozeß. Mit neuen Maschinen ist eine andere Arbeitsteilung möglich geworden. Wir fordern Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnschutz. Besonders

Sauptmann Schückel ein feindliches Flugzeug ab...

Deutsche Truppen bestanden am 1. Mai Sewastopol und...

Konstantinopel, 5. Mai. (Seeresbericht.) Palästina-

Das Gemeine Todesurteil aufgehoben.

M.B. Bern, 3. Mai. (Nicht amtlich.) Nach einem Tele-

Deutsch-Niederländische Verhandlungen.

M.B. Berlin, 4. Mai. (Nicht amtlich.) Am Samstag,

Schweiz-alliiertes Abkommen.

M.B. Bern, 4. Mai. (Nicht amtlich.) Schweiz. Dep.-Ag.

Die Lage im neuen Rußland.

M.B. Bern, 4. Mai. (Nicht amtlich.) Das in Mar-

Deutsches Reich.

Nachwehen zum politischen Streit in Kiel. Nicht weniger als

Aus der Steuerpolitik der Einzelstaaten. Dem sächsischen

Baden.

Oberbadiische Bahnwünsche. Im Hinblick auf das immer

Waffen in das Rheintal beschloß die Handelskammer für die

Zusammenschluß der Kleinbrenner. Unter dem Voritze des

Wänderung der Satzungen der Handwerkskammern. Das

Die Ereignisse in der Ukraine vor dem Hauptauschuß des Reichstags.

Berlin, 4. Mai.

Im Hauptauschuß des Reichstags gab heute

Zunächst ist zu betonen, daß die Umwandlung der ukrainischen

Der Selbstbestimmungsakt ist erfolgt, weil infolge

Zu der Verhaftung der Regierungsmitglieder

Was die neue Regierung der Ukraine bringen wird, das ist

Die Aussprache.

Dem Abg. Schmidemann ist das ganze Verfahren unverständ-

Abg. Erzberger: Die Gestaltung der Offfragen sei ent-

Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche berichtigt einige

Unterstaatssekretär v. Braun, der kürzlich in Kiew war,

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist es ungemein schwer, irgend

Abg. Lebebour tabelt die überreichte Vertragschleierei und

Soziale Rundschau.

Regelung von Differenzen im Schneidergewerbe.

Über die Gewährung einer zweiten Feuerungszulage sprach

Unter Einrechnung der im November gewährten Feuer-

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 6. Mai.

Marx-Gedenkfeier.

Der Sozialdemokratische Verein Karlsruhe hatte die Arbeiterkammer zu einer Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Karl Marx auf Sonntag Morgen in den Saal des Kolosseums eingeladen...

Dem heutigen Bewußtsein ist es geläufig, bei der Vorstellung des Begriffes Arbeiterbewegung sofort an sozialistische Bestrebungen zu denken. Die Sozialdemokratie als Führerin und Trägerin der gesamten Arbeiterinteressen, das scheint uns heute eine ganz selbstverständliche Verbindung zu sein...

Auf der anderen Seite, betonte Genosse Diez, ist auch der Sozialismus nicht aus der Arbeiterbewegung heraus geboren worden. Wohl regte die Not, das Elend, die absolute Entrechtung der Arbeiterklasse einzelne edel denkende Idealisten...

den Buch die bis dahin utopischen Sozialismus in den Segen einer realen politischen Bewegung verwandelt. Und indem Marx, bewandert wie kaum ein anderer in der Geschichte des Wirtschaftens, aus den Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung die Gesetze ihres Verlaufes ableitete...

Karl Marx, der vielgescholtene Nihilist, ist, wie Genosse Diez es mit wuchtigen Schlusswendungen betonte, nicht nur ein Denker ebenbürtig einem Kant, sondern ein Ethiker von der Größe Nietzsches gewesen. Die sittlichen Kräfte, von denen wir heute profitieren, das egoistische Individualinteresse völlig dem Gesamtinteresse des Volksbestandes zu opfern...

Die aufmerksam lauschende Zuhörerlichkeit dankte dem lehrreichen Vortrage mit lebhaftem Beifall. Mit Uthmanns mächtigem Chöre „Lord Jolejon“ erreichte die schöne Feier ihr Ende.

Der Altmöbelhandel unter Kontrolle. Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß wer gewerbsmäßig gebrauchte Möbel, Betten oder sonstige zum notwendigen Lebensbedarf gehörige gebrauchte Wohnungseinrichtungsgegenstände an- und verkauft, zur ordnungsmäßigen Führung eines Geschäftsbuches verpflichtet ist...

Es war auch höchste Zeit, daß gegen das Umwelen eingeschritten wurde.

Todesfall. Im hohen Alter von 87 Jahren ist hier Kirchenrat D. Theodor Fischer gestorben. Der Dasingeschiedene, aus Sinsingen (A. Börsch) stammend, war vor 63 Jahren in den hiesigen Kirchengemeinde eingetreten und über 30 Jahre Dekan der Pfarrei Schopfheim...

Anfall. Ein 18 Jahre alter Hilfsrangierer aus Rutenheim kam am Samstag vormittag am Güterbahnhof hier beim Entleeren von Eisenbahnwagen zu Fall und geriet unter mehrere Eisenbahnwagen. Dabei wurden ihm beide Beine abgefahren...

Der Instrumentalverein Karlsruhe (E. V.) veranstaltete heute Montag, 6. Mai, abends 8 Uhr im Gemeindefaß der Weststadt, Blücherstraße 20, sein 8. Konzert. Neben dem Vereinsorchester unter Leitung von Herrn Musikdirektor Mung wirkten an dem Konzert mit: Frau Janette Bernsdorff, Konzertfängerin...

Wasserstand des Rheins. Schupferinsel 1,56 Meter, gef. 2 Zentimeter; Reß 2,66 Meter, gef. 6 Zentimeter; Razu 4,27 Meter, gef. 9 Zentimeter; Mannheim 3,50 Meter, gef. 18 Zentimeter.

Briefkasten der Expedition. Am 5. B. Das Los Nr. 10 135 der roten Kreuz-Lotterie ist leider nicht gezogen worden.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Ruder für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Am 25. April 1918 ist eine Heiner Nachtrag Nr. W. I. 1771/18, K.M. zu der Bekanntmachung Nr. W. I. 1771/15, 17. K.M. vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhaltung der deutschen Schafftur und des Vollgefäßes bei den deutschen Verbereien erschienen...

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt Höchst- u. Richtpreise gültig für den Verkauf auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt in der Zeit vom 6. bis 12. Mai 1918 einschli. Gemüse: Birkling 1 Pfund 80 Pfg., Spinat 1 82, Schwarzwurzeln 1 80-90, Karotten 1 12, Spießbohnen 1 12, Mören 1 8, Bohnen 1 20, Bohnen-Rohrabi 1 8, Kopfsalat aus Treibhäusern 1 Stück 25-30, Kopfsalat aus dem Freiland 1 12-18, Feldsalat 1 Pfund 80, Stressehsalat 1 80, Rattich 1 60, Sellerie 1 50, Lauch 1 40, Petersilie 1 40, Rettich 1 Stück 25-30, Radieschen, Bund 1 Bund 8-10, Eisgäben 1 10-12, Spargeln I 1 Pfund 90, II 60, III 45, Rhabarber 1 18, Mangold 1 20, Schnittlauch 1 80.

Verkauf von Quarz. In den Festverkaufsstellen der Firma Pfannkuch & Co. Nr. 266 bis 276 einschließlich kommt an die eingebrachte Kundenschaft von Dienstag, den 7. bis Freitag, den 10. Mai 1918 einschließlich Quarz (weißer Käse) zum Verkauf und zwar gegen die Lebensmittelmärke J Nr. 84. Die Stoffmenge beträgt 1/4 Pfd. Der Preis für das Pfund ist auf 75 Pfennig festgelegt. Karlsruhe, den 4. Mai 1918. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Dampf-, Heissluft- und elektr. Lichtbäder für Herren und Damen im Friedrichsbad ununterbrochen den ganzen Tag geöffnet. 2170

Grund- u. Hausbesitzerverein Karlsruhe. E. V. Am Dienstag, den 7. Mai, abends 1/2 9 Uhr, findet im Saal III der Brauerei Schrempf, Waldstr. 16/18, die ordentliche Hauptversammlung statt. Tagesordnung: 1) Entgegennahme des Jahres- und Rechenschaftsberichts, 2) Wahl des Vorstandes und der Beiräte, 3) Die Gestaltung der Mietzinsen, 4) Verschiedenes. Wir laden unsere Mitglieder unter Hinweis auf den in unserer Zeitung bekannt gegebenen Geschäftsbericht zum zahlreichsten Besuch dieser Versammlung ein. Der Vorstand.

Wir empfehlen: Neueste Kriegskarte. Allgemeine Frontkarte des W.T.B., Ausgabe 1918, umfassend die Fronten Neuport (Nordsee) bis Belfort, Gardasee, Piave (Italien), Rußland, Ukraine (hier ist die Linie eingezeichnet bis zu welcher unsere Truppen vorgezogen waren, sowie die im Friedensvertrage festgelegte Grenzlinie) und Kleinasien. Diese Karte hat den Vorzug, daß die letzten Stellungen durch eine kräftige rote Linie markiert sind und es so ermöglicht, jede Frontveränderung auf Grund der Tagesberichte einzuzichnen. Der Preis von Mk. 1.- ist äußerst billig (Porto 10 Pfg.).

Die freie Burg von Rob. Grumbach. Preis Mk. 1.50 (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto) Buchhandlung Volksfreund, Karlsruhe Luisenstraße 24, Telefon 128.

Feuerbestattungs-Verein Karlsruhe E. V. (Ueber 1000 Mitglieder). Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hferdurch zum Beitritt eingeladen. Jahresbeitrag 3 Mark. Mitglieder erhalten nach 2 Jahren 30 Mark und nach 10 Jahren 60 Mark Einäscherungskosten-Zuschuss. Zwischen Erd- und Feuerbestattungskosten kein Unterschied mehr. 8416. Anmeldungen an Oberbuchhalter Wildenthaler, Rathaus, Zimmer 44.

Keine Wanze mehr für 2.- nur mit Kammerjäger Berg's Nicodaa I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. 2888. Erfolg verblühend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Doppelpack. Mk. 2.-. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten. Alleinverkauf: Otto Fischer, Karlsru. 74. Bei Einsend. v. Mk. 2.40, a. Postcheckkonto Berlin 31288. Porto. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. Herm. A. Groessel, Berlin SW 11 Königgrätzerstr. 49.

Druckarbeiten alle Art liefert schnell und billig Buchdruckerei Volksfreund. Lagerplatz od. Feld mit Gleisanschluß zu mieten gesucht. Angebote erbeten unter Nr. 3408 an die Geschäftsstelle des Blattes. 8408

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Todesfälle. Magdalena Heil, alt 26 J., Ehefrau von Meinhard Heil, Straßenbahnkassener. Katharina Gaeuer, alt 77 J., Witwe von Wendelin Gaeuer, Bureauassistent. Mathilde Demmer, alt 89 J., ledig, Privatier. Gustav Nieger, Professor, Chemann, alt 55 J. Mar. alt 18 J., V. Friedrich Hehner, Bahnarbeiter. Maria Seib, alt 75 J., ledig, Privatier. Christina Rummig, alt 78 J., Witwe von Jakob Rummig, Landwäner.